Nummer 66 — Halle, Freitag, den 19. März 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Postanstalten ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark; für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Ermäßigung. Verlagsanstalt Neue Zeitungsgesellschaft m. b. H. Geschäftsstelle: Halle, Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleste" Bank-Verbindung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Reichsregierung läßt am 18. März, dem 50. Todestage des Dichters Ferdinand Freiligrath, auf seinem Grabe in Cannstatt durch den Präsidenten des Landesfinanzamts Stuttgart einen Kranz mit Schleife in den Reichsfarben niederlegen.

*

Nach Mitteilung des „Vorwärts" beträgt die Gesamtzahl der Einzeichnungen für das Volksbegehren über die Fürstenabfindung in Berlin 1 583 000. In der Stadt Leipzig haben sich insgesamt 239 747 Personen eingetragen, d. h. etwa 55 Prozent sämtlicher Stimmberechtigten. Bei der Präsidentenwahl vom 29. März v. J. hatten die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 193 857 Stimmen aufgebracht.

*

Nach einem Runderlaß des preußischen Ministers des Innern hat sich die Deutsche Reichsbahngesellschaft mit Rücksicht auf den polizeilichen Schutz, dessen die meisten größeren Bahnhöfe zur Aufrechterhaltung der für die sichere Abwicklung des Eisenbahnbetriebes erforderlichen Ordnung bedürfen, damit einverstanden erklärt, daß je nach tatsächlichem Bedarf und Verfügbarkeit der örtlichen Polizeiverwaltung auf den größeren Bahnhöfen angemessener Raum unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

*

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und das „Berliner Tageblatt" wollen wissen, daß Reichsminister a. D. Schiele erklärt haben soll, die Wahl zum deutschnationalen Parteivorsitzenden nicht annehmen zu wollen, so daß jetzt als Nachfolger für den Parteivorsitzenden Winkler in erster Linie der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Graf Westarp in Frage komme.

*

Trotzki ist zum Professor der Journalistik an der Moskauer Universität ernannt worden. Er hat kürzlich auf einem Kongreß der russischen Journalisten die Art und Weise, wie die russischen Zeitungen redigiert werden, scharf kritisiert und hierbei erklärt, daß diese weit hinter dem gesamten Auslande zurückständen. Seine nunmehr erfolgte Ernennung zum Professor der Journalistik wird als Folge dieser seiner Rede betrachtet.

*

In der russischen Gesandtschaft in Helsingfors wurde in der Nacht auf Sonntag ein Einbruch verübt. Wie die Gesandtschaft mitteilt, hat der Dieb nur einen Gesandtschaftsstempel mitgehen heißen.

*

Aus Moskau wird gemeldet: In der letzten Nacht ist hier General Brussilow, der bekannte Führer der blutigen Brussilow-Offensive, an einer Lungenentzündung verstorben.

*

In Prag fand gestern abend eine Sitzung des Ministerrats statt. Nach der Sitzung gab das Kabinett seine Demission.

*

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 8. März 1 094 000; dies bedeutet gegenüber der Vorwoche eine Verminderung um 13 038 und gegenüber der Ziffer des letzten Jahres eine Verminderung um 126 633.

*

Die Londoner Blätter melden, daß ein sensationeller Zwischenfall eine gestern vom Premierminister Baldwin auf einem Bankett im Hotel Cecil gehaltene Rede unterbrach. Ein Mann warf von der Tribüne der Banketthalle eine große Stinkbombe auf den Premierminister, die große Rauchwolken entwickelte.

*

Die Londoner „Times" veröffentlicht einen Brief Abd el Krims, in der er seine Bereitschaft zum Frieden unter Wahrung der Selbständigkeit des Rifs betont und den Willen, notfalls bis zum Aeußersten zu kämpfen. Die Veröffentlichung in der einflußreichen „Times" dürfte bedeuten, daß Abd el Krim die moralische Unterstützung Englands gegen den französischen Imperialismus sucht und daß England nicht abgeneigt ist, sie zu gewähren.

*

Reuter meldet aus Tanger, daß vorgestern abend die Geschütze der Riffkabolen wieder Tetuan beschossen hätten, und zwar von einer der Stadt weit näher als früher gelegenen Stellung aus.

*

Wie aus Kreisen der syrischen Nationalisten gemeldet wird, hat der Rat der Aufständischen eine Warnung an die europäische Kolonie und das Konsulatkorps in Damaskus erlassen, worin die Fremden aufgefordert werden, die Stadt unverzüglich zu verlassen. Der entscheidende Endkampf beginne, und bei dem Angriff auf die Stadt könne es keine Schonung geben. Die syrischen Nationalisten müßten daher die Verantwortung für das Schicksal der fremden Christen ablehnen, die es trotz dieser Warnung wagen sollten, in der Stadt zu verbleiben, die vielleicht bald ein Trümmerhaufen sein werde.

Abreise aus Genf.

Vertagung der Verhandlungen auf September.

In der gestrigen Vollversammlung des Völkerbundes verlas Briand unter lebhaftestem Beifall folgende Erklärung:

„Die Versammlung bedauert, daß die bis jetzt aufgetauchten Schwierigkeiten es nicht ermöglichten, das Ziel zu erreichen, für welches Deutschland nach Genf eingeladen worden war. Die Versammlung drückt den Wunsch aus, daß diese Schwierigkeiten bis zur ordentlichen Septembersession der Völkerbundsversammlung überwunden sein werden, damit dann zu diesem Zeitpunkt die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vollzogen werden kann."

Die Erklärung wurde nach längeren Reden der Vertreter der verschiedenen Völker einstimmig angenommen.

Die deutsche Delegation hat gestern Abend 8 Uhr im Sonderzug die Rückreise nach Deutschland angetreten. Vor ihrer Abreise empfing sie noch die Besuche verschiedener Delegationen der Volksbundsversammlung, darunter den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek, des italienischen Ratsmitgliedes Scialoja und des polnischen Ministerpräsidenten Strzynki. — Auch Briand hat Genf gestern verlassen.

Eine Reutermeldung aus Genf besagt, es werde allgemein anerkannt, daß der Völkerbund seine schlimmste Krise durchmache. Aber die Ueberzeugung herrsche vor, daß er darüber hinweggekommen werde. Der Genfer Mißerfolg habe in Bern eine Sensation hervorgerufen, es herrsche die Ansicht, daß er zu einer Abänderung der Satzungen des Völkerbundes führen könne.

Dr. Luther über Genf.

Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfingen gestern nachmittag die in Genf anwesenden Vertreter der deutschen Presse vor der Abreise der Delegation.

Reichskanzler Dr. Luther führte aus:

Wir haben bezüglich unserer Anmeldung beim Völkerbund zwei Ausgangspunkte: der erste hängt mit den Worten Mc Donalds vom Herbst 1924 über den „Leeren Stuhl" zusammen. Auf unsere damalige Anfrage bei den 10 Mächten des Völkerbundsrats wurde uns der ständige Ratssitz zugesichert.

Der zweite Ausgangspunkt hängt mit dem deutschen Sicherheitsmemorandum zusammen. Dieses enthielt eine Anregung, [illegible] Eintritts Deutschlands in den Völkerbund [illegible]. Erst im Juni wurde eine solche von Frankreich zugleich namens seiner Alliierten verlangt und deutscherseits unter den Voraussetzungen, die sich aus den im Herbst 1924 erhaltenen Antworten der Ratsliste ergaben, zugesagt. Dann kam der Vertrag von Locarno zustande. Er ist juristisch noch nicht, indessen politisch wirksam geworden. Unbeschadet ihres Ausmaßes ist die Tatsache des Eintretens von sogenannten Rückwirkungen unbestreitbar.

Demgemäß stellt die Verpflichtung des gestrigen Kommuniqués, Locarno weiter wirken zu lassen, eine bedeutungsvolle Kundgebung dar.

Der Kanzler verwies dann darauf, daß wir erst nach Absendung des Eintrittsantrags die Ansprüche anderer Mächte vernommen haben, aber daß offenbar vorher bereits Bindungen bestanden haben, die uns unbekannt waren. Das Festhalten an den Grundprinzipien, mit denen wir nach Genf kamen, war deshalb unumgänglich notwendig, weil unsere ganze Werbearbeit für Locarno auf diesen Gedankengang aufgebaut war. Der Kanzler verwies darauf, daß in seiner Hamburger Rede die Details der Genfer Entwicklung nicht vorweggenommen werden konnten, doch habe der Inhalt dieser Darlegungen bedeutet, daß weder eine Vergrößerung noch eine wesentliche Kräfteverschiebung von Deutschland zugelassen werden konnte.

Deshalb war z. B. der Vorschlag, Schweden im Rat durch Polen zu ersetzen, unmöglich, der letzte Versuch aber, der Ersetzung zweier Mächte durch zwei andere, wesentlich gleichbedeutende vorsah, tragbar.

Spaniens angekündigtes Verhalten — Zustimmung zu dem deutschen Ratssitz und eigene Zurückstellung von Mitarbeit im Völkerbund — war allerdings schon ein höchst unangenehmes Ereignis gewesen.

Die Ablehnung Brasiliens indessen hat wie ein Naturereignis gewirkt.

Sie war im höchsten Grade schwerwiegend und wurde von der Versammlung des Völkerbundes als eine außerordentliche Schädigung empfunden. Die organisatorische Vorbereitung zur Verhütung von solchen Zwischenfällen hätte nach Lage der Dinge jedenfalls nicht den deutschen Teilnehmern obgelegen.

Die völlige Einigkeit der Locarnomächte, die einstimmige Zustimmung der übrigen ergibt aber für uns die Aufgabe, auch in der Völkerbundsrichtung weiterzuarbeiten und den Stand der Dinge so zu betrachten, daß wir uns bemühen, zum Segen für das deutsche Volk eine Entwicklung zu fördern, die im weiteren Verlauf doch noch als Mitglied in den Völkerbund und in den Rat führt.

Opposition gegen Chamberlain.

In England ist man über das Scheitern der Genfer Verhandlungen schwer enttäuscht, und mit Recht, da es ein Scheitern der ganzen englischen Politik der Befriedung Europas unter Führung Englands bedeutet. Die Opposition gegen Chamberlain als den Träger dieser Politik ist außerordentlich scharf. In der Kritik der Presse kommen besonders drei Gesichtspunkte zum Ausdruck: 1. Chamberlain hat nicht anständig gehandelt, als er in Locarno Sonderabmachungen mit Frankreich und Polen traf, von denen Deutschland nichts wußte. 2. Durch den Mißerfolg ist sowohl das Ansehen des Völkerbundes als das Englands auf das schwerste geschädigt. 3. Deutschland kehrt aus Genf moralisch und politisch stärker zurück, als es je seit dem Kriege war.

Die deutsche Presse.

Die Stellungnahme der deutschen Presse zu dem Genfer Ergebnis ist durchaus uneinheitlich. Die deutschnationale Presse betont, daß die Außenpolitik Dr. Luthers und Dr. Stresemanns gescheitert sei.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" und in der „Täglichen Rundschau" (D. V. P.) findet sich keine Stellungnahme zu dem Genfer Vertagungsbeschluß. Die „Germania" (Zentrum) bezeichnet es als [illegible] nicht wieder eine deutsche Delegation nach Genf zu schicken, bevor alle Vorfragen in einer Weise erledigt sind, die Deutschland den Eintritt in den Völkerbund möglich machen. In der „Vossischen Zeitung" (Dem.) heißt es: Der Beschluß von Genf ist der Versailler Völkerbund. Die Krankheit, die jetzt zum Ausbruch gekommen ist, kann die Genesungskrise bringen. Dann war es nicht schade um die Zeit, die Deutschlands Vertreter in Genf zugebracht haben.

Auch der „Vorwärts" (Soz.) spricht von einer schweren moralischen Niederlage des Völkerbundes, so wie er ist. Hätte der Völkerbund sein sollen, was zu sein er vorgab, so hätte sein Aufbau mit der Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes zwischen den Völkern beginnen müssen. Dieser Friedenszustand ist aber weder in Versailles noch in Genf geschaffen worden. Erst in Locarno wurde mit ihm ein Anfang gemacht. Für uns beginnt der Völkerbund mit dem Bund der Völker Frankreichs und Deutschlands. Sind Deutschland und Frankreich einig, dann droht dem europäischen Frieden keine Gefahr.

(Dieses offene Bekenntnis des sozialistischen Hauptorgans, daß die Verständigung mit Frankreich das A und O der sozialistischen Außenpolitik ist, ist angesichts des unverhüllten Imperialismus und Kapitalismus Frankreichs, seiner ständigen, schmutzigen Intriguen und seiner wilden Deutschfeindlichkeit und Unterdrückungspolitik von besonderer Bedeutung. Er zeigt, daß die sozialistische Partei unbelehrbar illusionistisch ist.)

*

Der Aeltestenrat des Reichstages ist noch nicht zu einer Sitzung einberufen, da man erst die Rückkehr des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers aus Genf abwarten will. Aus denselben Gründen ist auch eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages noch nicht erfolgt. Die große außenpolitische Debatte über Genf wird in Verbindung mit der zweiten Lesung des Haushalts des Reichsministeriums des Aeußeren erfolgen und voraussichtlich am nächsten Montag beginnen.

*

Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: Die Genfer Vorgänge haben in den gestrigen Sitzungen des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei sowie der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Aussprache geführt, in der die einmütige Auffassung zum Ausdruck kam, daß die Behandlung des deutschen Antrags auf Eintritt in den Völkerbund und die Haltung der deutschen Delegierten in Genf zu einem völligen Mißerfolg der Außenpolitik des Kabinetts Luther-Stresemann geführt hat. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei wird sofort die erforderlichen parlamentarischen Maßnahmen ergreifen.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Stockholm: Die Konferenz der skandinavischen Staaten gegen die Sowjetgefahr findet am 10. April in Malmö statt. Die Konferenz tritt auf Veranlassung Finnlands zusammen. Die russische Ostseeflotte wird am 1. Oktober die Stärke von 21 Großkampfschiffen erreicht haben.

Edles Wild!

Eine Gegenrechnung zur Fürstenenteignung!

Von Gottfried Jarnow-Berlin.

Die Ansprüche der Hohenzollern werden auf etwa 180 Millionen Mark Gegenwert berechnet; keine sehr respektable Summe selbst in unserer verarmten Zeit; berechnet nach dem Nationalvermögen Deutschlands 1914 (rund 400 Milliarden Mark) sehr wenig, gemessen aber an den 500 Jahren Hohenzollernherrschaft — nichts. (Jakob Michael, der heute, 30jährig, in Paris sitzt, hat in den Jahren 1919 bis 1923 allein das Mehrfache davon zusammengebracht.)

Die Hohenzollern haben im Zeitalter des Absolutismus Besitztitel erworben? Gut, dann beweise man den unrechtmäßigen Erwerb. Aber man messe dann mit dem gleichen Maß auch die Raubritter der Republik, die ihre eigenen Dynastien: Sklarz, Barmat, Klauer um nur einige zu nennen, hervorgebracht hat. Diese sind ohne Ausnahme in der Sonne der Demokratie und der Sozialdemokratie gediehen; sie war zu solchem Gedeihen notwendig.

Die Raubritter und Fürsten des Mittelalters, letzten sie von den Toten zurück, könnten vor Neid vergehen, sähen sie, mit welcher Leichtigkeit ihre Kollegen von der Republik Vermögen verdienen, ohne irgend etwas zu wagen und mehr zu besitzen wie die Gunst der regierenden Demokraten und Sozialdemokraten: 10 Millionen, 30 Millionen, 126 Mill., 800 Millionen Goldmark, um nur einige Zahlen zu nennen. (Jakob Michaels großer Fischzug ist hier nicht mitgezählt.)

Es ist unmöglich, aus den letzten 100 Jahren nachzuweisen, daß die Fürsten gegen Recht und gute Sitte auch nur einen Ziegelstein an sich gebracht hätten, während, wie wir sehen werden, die Vermittlung des Nationalvermögens seit 1918 offen zutage liegt. Und [illegible] Arbeiter dieser republikanischen Ordnung und Besitzwirtschaft als Richter und Rächer auf!

Es ist nicht möglich, mehr wie einige Ausschnitte aus der deutschen Wirtschaftsstrafgesetzgebung nach 1918 zu geben, denn nicht nur die schreibende Feder würde versagen, sondern auch die Aufnahmefähigkeit des Lesers. So sei an die obengenannten Zahlen angeknüpft.

In den Akten des Reichswirtschaftsministeriums befindet sich u. a. ein Bericht des Leiters einer deutschen Reichseinkaufsstelle in Holland aus der Glanzzeit der sozialistischen Ministerherrlichkeiten und -freundschaften zu internationalen Schiebern (Oktober 1919), und wir erfahren aus ihm, wie ein Barmat seine „Beziehungen" in Gold ausmünzte. Und Barmat machte nur mit der Republik Geschäfte; deren Aderlaß ist also sein Gewinn gewesen.

In dem Bericht heißt es, daß die Reichsstelle vom Ministerium „gezwungen" worden sei, mit Barmat Geschäfte zu machen, weil „höheren Orts ganz besonders wichtige Gründe politischer Art vorlägen". Weiter heißt es: „Barmat prahlte mit seinen freundschaftlichen Beziehungen zu dem Reichspräsidenten Ebert und zu den damaligen Ministern, mit denen er auf Du und Du stehe." Diese Duzfreundschaft zwischen Ministern und einem Schieber hat der jungen Republik im Jahre 1919 aus einem einzigen Geschäft allein 10 Millionen Mark gekostet. Barmat hatte wohl dem Fiskus 6 Monate Kredit eingeräumt, jedoch durch ein Sonderabkommen zwischen Ministerium und Diskontobank die Auszahlung der ganzen Kaufsumme vor jeder Lieferung erreicht. Das bedeutete praktisch, daß Barmat 6—8 Monate über viele Millionen Reichsgelder disponierte, ohne Zinsen zu bezahlen oder immer zu liefern. Lieferte er nicht, dann zahlte er das Geld entwertet zurück oder auch nicht, wie es in dem Bericht heißt: „Ein Ersatz für zu viel gezahlte Partien wurde nicht geliefert."

So etwas waren Selbstverständlichkeiten für die demokratischen wie sozialdemokratischen Machthaber, Dinge, die sich kein Fürst des Mittelalters leisten konnte. Und welcher moderne Fürst hat zu seinen Zeiten innerhalb Jahresfrist 30 Mill. Mark öffentliche Gelder in seinen Besitz bringen können, wie Barmat dank seiner „Beziehungen" zu den Großen der Republik: Bauer, Heilmann, Grabnauer, Wels und Genossen, Gelder der Reichspost, der Seehandlung, der Oldenburgischen Staatsbank usw.

Wie „teuer" uns die Dynastie Sklarz gekommen ist, wird sich bei der seinen Zusammenarbeit zwischen ihr und ihren modernen Hausmeiern nur ahnen, aber nie beziffern lassen; sicher ist, daß manches Fürstenhaus in Jahrhunderten nicht den Besitz erwarb, den die Dynastie Sklarz sich in Jahren aneignen konnte, nur durch seine Freundschaften zu den hohen Vertrauensmännern der Republik und des Volkes.

Ueber die Barmats und Sklarz wird man vergeblich in der politisch nahestehenden und ergebenen Presse der Demokratie und Sozialdemokratie Kritik, geschweige Ablehnung finden, mit man Hetz gegen alle findet, die in früheren Jahrhunderten regierten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260319016/fragment/page=0001

Ein anderer Ausschnitt aus unserer Tragödie! Hier ist voraussuchicken, daß es im Leben Dinge gibt, die jeder Beschreibung spotten, sowohl der ernsten wie der launigen, die mit Worten nicht zu fassen sind; dazu gehört die Besitzverschiebung der Armeekonservenfabrik Spandau-Haselhorst durch das reichsschatzministerielle Triumvirat Bauer und Genossen an eine Interessentengruppe im Sommer 1922 für weniger wie einen Pappstiel, obgleich diese Perle im Reichsschatz „unter Brüdern" auf 126 Goldmillionen Mark bewertet worden ist. Dies Ding ist so geradezu verblüffend „gedreht" worden.

Die vollendete Tatsache, der wir seit Sommer 1922 gegenüberstehen, ist diese: der Reichsschatz ist durch die zu seiner Betreuung amtlich bestellt gewesenen Hüter um 126 Millionen Mark Sachwerte entschädigungslos enteignet worden. Dergleichen ist öfter vorgekommen, nur der Raum verbietet die Aufzählung.

Aehnlich verhält es sich mit dem Raubzug, den die ungeratenen Söhne am grünen Tisch unter der wohllautenden Firma „Deutsche Werke" zugelassen haben; er ist nicht so klassisch in den Abtönungen und Begleiterscheinungen, wie im bereits geschilderten Fall, dafür aber gründlicher. Wenn das Gesamtvermögen der Hohenzollern heute auf 800 Millionen Mark beziffert wird, dann haben sie in 5 Jahrhunderten weniger erworben, wie die „Deutschen Werke" in 5 Jahren an staatlicher Wirtschaftssubstanz verwüstet haben. Jene haben den Wohlstand ihres Volkes nicht angetastet, wohl gehoben, wohingegen die republikanischen Machthaber ein arbeitsames Volk in wenigen Jahren an den Bettelstab gebracht haben.

Deshalb ist es so widerwärtig, diese Elemente heute rufen zu hören: „Haltet den Dieb!", während kein Staatsanwalt ihnen ein Haar krümmen und ihren Freunden keinen Schieberbesitz antasten kann.

„Das Staatsgut dem Staate!" ruft diese Menge. Wohlan, dann würde die zwangsläufige Folge sein: Enteignung der Schieber und Genossen!

*

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, hat das Kammergericht auf die Beschwerde von Julius und Henry Barmat beschlossen, daß von der Vollstreckung des Haftbefehls gegen sie abzusehen ist, falls sie eine die frühere Kaution um je 10 000 Reichsmark übersteigende Sicherheit leisten und die von ihnen freiwillig übernommene Verpflichtung nicht verletzen, in Berlin zu bleiben und sich regelmäßig bei der Polizei zu melden.

Ausschußberatung der Steuermilderungen

Der Steuerausschuß des Reichstages beriet am Mittwoch die Vorlage über Steuermilderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage. Zunächst wurden die Bestimmungen über die Luxussteuer besprochen, wobei Abg. Keinath (D. Vp.) anregte, der Aufhebung der Luxussteuer rückwirkende Kraft vom 1. März zu verleihen, um der Unsicherheit der Geschäftslente ein Ende zu machen, die zum Teil bereits die Luxussteuer außer Anlaß ließen. Staatssekretär Popitz widersprach diesem Antrag, da man indirekten Steuern keine rückwirkende Kraft verliehen dürfe. Außerdem würde das Geschäft nicht leiden, denn der Lieferant gewähre ja den Kunden im allgemeinen ein Ziel von sechzig Tagen.

Nachdem die Abgg. Dr. Gereke (Dnat.), Budjuhn (Dnat.) und Dr. Hoff (D. Vp.) den Antrag Keinath unterstützt hatten, hat der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold nochmals um Ablehnung des Antrages. Abg. Höllein (Komm.) beantragte, die Rückwirkung bis zum 1. Oktober vorigen Jahres, damit die Deutschnationalen ihren Finanzminister Schleben recht zu desavouieren Gelegenheit hätten. — Abg. Dr. Hertz (Soz.) erklärte, seine Partei werde sich der Abstimmung enthalten. Hierauf wurde auf Ersuchen des Staatssekretärs Popitz die Abstimmung ausgesetzt, weil der Reichswirtschaftsrat demnächst dieselbe Frage behandeln wird.

Landwirtschaftsminister und Roggenbrot.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat bereits Schritte getan, die geeignet erschienen, die Weizeneinfuhr nach Möglichkeit einzuschränken. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Aufklärung der Bevölkerung darüber, daß der Genuß von Roggenbrot in unserem Klima für den gesunden Menschen zuträglicher ist als der von Weizenbrot. Da hierfür Voraussetzung ist, daß das Roggenbrot gut ausgebacken ist, so hat der Landwirtschaftsminister mit den Bäckerorganisationen verhandelt und sich hierbei der Mitarbeit des Instituts für Bäckerei an der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung und Futterverwertung bedient. Er hat sodann insbesondere mit den städtischen Hausfrauenorganisationen dahin Fühlung genommen, daß von diesen gleichfalls auf die Bevölkerung aufklärend eingewirkt wird.

Für besonders bedeutsam hält der Landwirtschaftsminister, daß schon den Kindern in der Schule der Wert des Roggenbrotverbrauchs für unseren Haushalt klar gemacht wird. Der Landwirtschaftsminister ist zu diesem Zweck mit dem Minister für Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung in Verbindung getreten, damit in den Schulen entsprechend eingewirkt werden möchte. Weitere Arbeiten zur Aufklärung der Bevölkerung befinden sich noch im Stadium der Vorbereitung.

Kulturfragen im Reichstag.

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung des Reichstages stand die Fortsetzung der zweiten Lesung des Reichshaushaltsplans des Reichsministeriums des Innern, und zwar bei den Ausgaben für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke, für die insgesamt 11 Millionen Mark ausgegeben werden sollen. Neu eingestellt sind für kulturelle Zwecke 1 Million RM.

Abg. Lambach (Dnat.) weist darauf hin, daß in den Gebieten des Grenz- und Auslandsdeutschtums heute zahllose gut deutsche Erinnerungen und Namen für geographische Gegenstände aller Art (Wohnlichkeiten, Länder, Gebirge und Gewässer) bedroht sind. Der deutsche Geographentag hat es bereits als nationale Pflicht bezeichnet, diese Namen zu schützen, und an alle beteiligten Kreise die Bitte gerichtet, in allen Fällen, wo geographische Doppelbenennungen bestehen, dem deutschen Namen den Vorzug zu geben und ihn an die erste Stelle zu setzen.

Im Ullsteinschen Weltatlas seien alte deutsche Ortsnamen in tschechischer oder dänischer Sprache wiedergegeben. Das nahmen fremde Staaten zur Veranlassung, den deutschen Charakter der betreffenden Gebiete zu bestreiten. Dasselbe gelte von dem großen Eisenbahnatlas der Leipziger Firma Alexander Dunker. — Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) begründet eine Interpellation über

die Not der deutschen Kunst.

Die Absatzmöglichkeit für Werke der bildenden Kunst im Inlande sei äußerst gesunken. Bildhauer, Maler, Musiker, Schriftsteller und zahlreiche Gruppen der Gestaltenden seien in gleicher Bedrängnis. Das Reich müsse helfen, nachdem bereits Preußen und Bayern ihre Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Der Redner warnt vor einer Kunstbureaukratie.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) warnt vor einem Kunstsozialismus, der dadurch entstehe, daß man die Förderung der Kunst zur Aufgabe der Länder und nicht des Reiches mache. Die Bekämpfung des kapitalistischen Massenschundes in der Kunst sei Reichssache. Der Redner fordert mehr Aufträge für die Künstler und bedauert, daß Deutschland auf der Pariser Internationalen Ausstellung nicht vertreten war. Ob die beabsichtigte internationale Kunstausstellung in Deutschland zustande kommt, hänge von der politischen Lage ab. Der Redner fordert das angekündigte Theatergesetz und eine Regelung zu Gunsten der Autoren nach dem Vorbilde Frankreichs, wo sich die Bühnen [illegible] an jeder Aufführungsabend die Tantiemen abholen.

Abg. Dr. Schwarz (Kiel) lehnt die gegenwärtige Kunst als Klassenkunst ab. Der Kitsch und Schund, der jetzt in den Theatern geboten werde, sei nur berechnet auf die gute Verdauung der Bourgeoisie. Der unzeitgemäße Name „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" solle umgeändert werden in „Gesellschaft für naturwissenschaftliche Forschung". Leider habe der Renommierdemokrat der Luther-Regierung Dr. Külz im Ausschuß nicht einmal den Mut gehabt, auch bei dieser Gelegenheit seinem Kaiser untreu zu werden.

Abg Mumm (Dnat.) empfiehlt die Ausschußentschließung, die Maßnahmen zur Linderung der Notlage der deutschen Künstlerschaft fordert. Er verlangt die Einrichtung von

Darlehnskassen für Künstler

zur Beleihung ihrer Werke, die Veranstaltung von ständigen Verkaufsausstellungen und die Herstellung von Ateliers zu billigem Mietspreis in öffentlichen Gebäuden. Die Förderung junger Künstler mit öffentlichen Mitteln soll auf Reichs- und Stammesdeutsche beschränkt werden. Unerträglich seien die Mißstände im großstädtischen Theaterwesen. — Es folgen die Abschnitte über das

Schul- und Bildungswesen, Sport und die Leibesübungen.

Abg. Löwenstein (Soz.) legt einen Gesetzentwurf vor, wonach als Vorbildung für die Lehrerbildung der erfolgreiche Besuch einer Vollanstalt festgesetzt werden soll. Die Erziehungsbeihilfen für Kinder unbemittelter Eltern müßten unbedingt erhöht werden. Es sei unerträglich, daß sie nicht höher seien als die Unkosten für die Pferdehaltung in der Marine. — Abg. Schulze-Frankfurt (Dnat.) bedauert, daß die Schulen nach der Revolution zum

Tummelplatz politischer Leidenschaften

geworden seien. Das Reichsschulgesetz müsse hier endlich Beruhigung schaffen. Der Redner beantragt, die Frist für die völlige Auflösung der Privatschulen und Vorschulklassen bis zum Beginn des Schuljahres 1935/36 zu verlängern. Anläßlich der Pflege der Turn- und Leibesübungen müsse eine ärztliche Untersuchung stattfinden. Das alte Heer habe gesunde Menschen herangezogen. Heute müßten 70 Prozent wegen Untauglichkeit von der Reichswehr abgewiesen werden.

Abg. Rheinländer (Ztr.) verweist auf die Not der Junglehrer. Der soziale Gedanke der Grundschule müsse durchgeführt werden. Anderseits dürfen Praktikanten die dem Bedürfnis entsprechen, nicht ohne weiteres zerstört werden.

Abg. Dr. Runkel (D. Vp.) fragt, wie weit die Verhandlungen mit den Ländern wegen einer einheitlichen Fortbildung taubstummer Kinder fortgeschritten seien. Die Beratungen des Kulturetats seien Akte eines Trauerspiels. Man erkenne wohl die Notwendigkeit der körperlichen und seelischen Ertüchtigung an, ziehe aber nicht die finanziellen Konsequenzen. Eine Million für die Ertüchtigung der Jugend angelegt, erspare viele Millionen für Kranken- und Siechenheime.

Wohlwollen sei notwendig für die kulturellen Bedürfnisse der nördlichen Grenzmark. Wenn die deutsche Minderheit nicht kräftig unterstützt würde, dann würde die deutsche Kulturarbeit im Norden einseitig zugunsten der dänischen Minderheit verschoben werden. Der Redner betont die Notwendigkeit der Erhaltung der friesischen Sprache und des friesischen Volkstums. Er fordert zur Reichsschulgesetz und reichsgesetzliche Regelung des Privatschulwesens.

Abg. Schwarz (Komm.) schildert die Notlage der Junglehrer und fordert völlige Ausmerzung der Prügelstrafe in allen Lehranstalten. Die kommunistische Jugend werde in geradezu verbrecherischer Weise verfolgt. (Auf Zurufe von rechts erklärt der Redner):

Solange wir noch nicht die Macht haben, Sie an die Laterne zu hängen, müssen wir uns auf die Kritik beschränken! — Er wird dafür zur Ordnung gerufen. — Er erhält einen zweiten Ordnungsruf, als er sich in derselben Weise gegen die bayerische Regierung wendet.

Abg. Frau Dr. Matz (D. Vp.) tritt für eine reichsgesetzliche Regelung der Stellung der Privatschulen und für eine entschiedene Förderung von Spiel, Turnen und Sport, sowie die Schaffung möglichst vieler Jugendherbergen ein.

Bezüglich dieser Frage der Förderung der körperlichen Ertüchtigung der Jugend sind sich alle Parteien ausnahmslos einig.

Schluß 7/8 Uhr.

Die Zwischenlösung der Hauszinssteuer angenommen.

Der Preußische Landtag nahm am Mittwoch die Abstimmung über die sogen. Zwischenlösung zur Hauszinssteuer vor. Bekanntlich soll diese Zwischenlösung am 1. April in Kraft treten und bis zum 1. Juli wirksam sein, weil erst dann voraussichtlich die volle Friedensmiete erreicht ist und der in dem ordentlichen Gesetz über die Hauszinssteuer vorgesehene Hauszinssteuersatz von 40 Prozent in Kraft treten soll. Die Zwischenlösung erhöht die Hauszinssteuer

von bisher 28 auf 36 Prozent

sieht aber ebenso wie die endgültige Vorlage eine ganze Reihe von Steuerbefreiungen für sozial Bedürftige, Minderbemittelte, notleidende Gewerbebetriebe usw. vor. In der Schlußabstimmung fand die Vorlage gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten Annahme.

Im übrigen beschäftigte sich der Landtag hauptsächlich mit der zweiten Beratung des Hauszinssteuergesetzes, das nach Ablauf der Gültigkeit der Zwischenlösung die Hauszinssteuerfrage regeln soll. Während von den Kommunisten die neue Vorlage als neue Massendrosselung grundsätzlich abgelehnt wurde, machten die Deutschnationalen ihre endgültige Stellungnahme davon abhängig, wie sich das Haus zu den Abänderungsanträgen stellen würde, die insbesondere zu Gunsten der Landwirtschaft vorliegen und die Landwirtschaft von der Hauszinssteuer befreien wollen. Die Frage der

Einbeziehung oder Nichteinbeziehung der Landwirtschaft

in die Hauszinssteuer wurde in der Debatte als Angelpunkt der ganzen Vorlage bezeichnet. — Diese Frage hat bisher ein sehr wechselvolles Schicksal gehabt. Auf Wunsch des Staatsrates hat die Staatsregierung in Abänderung ihrer ursprünglichen Vorlage die Einbeziehung der Landwirtschaft vorgesehen. Der Hauptausschuß des Landtags hatte in erster Beratung diese Einbeziehung gestrichen, sie aber in zweiter Beratung wiederhergestellt.

Die Entscheidung liegt nunmehr beim Plenum, ist aber auch da absolut unübersichtlich, weil sowohl die Zentrumsfraktion wie die demokratische in dieser Angelegenheit geteilter Auffassung sind, und weil die Kommunisten für diesen Einzelteil ihre Stellungnahme davon abhängig machen, ob und wie die kleinbürgerlichen Betriebe befreit oder behandelt werden. Im übrigen sieht die Vorlage, wie schon bekannt, einen Steuersatz von 40 Prozent vor, der aber von einer Reihe sozialer Befreiungsbestimmungen und Staffelungen durchbrochen wird. Das Gesetz ist bis zum 31. März 1928 befristet. Die Abstimmungen über die Vorlage werden erst in der nächsten Woche stattfinden.

Die Beschlagnahme Marienbads bevorstehend.

„Tribuna" zufolge sind die Verhandlungen zwischen dem staatlichen Bodenamt und dem Tepler Stift gescheitert. Die Beschlagnahme der Bäderobjekte von Marienbad, soweit diese Eigentum des Stiftes Teplei sind, soll bereits in der nächsten Woche geschehen.

Kommune Tin

in die Bücherhalle der „A. Z." Ranutische Straße Nr. 10. Bequemer Zeitungs-Leseraum und gesonderter behaglicher Schreibraum mit öffentlicher Fernsprechstelle stehen den Besuchern zur Verfügung. Kein Kaufzwang.

Das Mädel am Katzentisch.

Roman von Berthel-Winkler.

Nachdruckrecht bei August Scherl G. m. b. H., Berlin

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Am Tisch vor ihr sah eine einfach gekleidete Dame mit einem beweglichen Kinde von vielleicht vier Jahren. Sie sah ein paarmal hinüber und Tante Henriette dachte, es sei vielleicht eine Erzieherin. Nach Art freundlicher, einsamer Menschen knüpfte Tante Henriette ein Gespräch an. Es sei doch sehr schönes Wetter draußen. Ja, erwiderte sofort und höflich die Dame, sehr schön, und ihre Herrschaften, der Herr Doktor und die gnädige Frau, seien auch schon unterwegs nach der Koppe. Warum sie denn hiergeblieben sei, fragte die Tante. Ja sie müsse doch auf Lenchen, das gute Kind aufpassen, und dann habe sie sich zum Unglück den Fuß verstreten und könne nun nicht einmal spazieren gehen. Nun müsse sie den ganzen Sonntag allein sitzen, und es bliebe ihr nur eine Handarbeit oder ein Buch.

Das tat Tante Henriette leid, und sie begann mit ihr zu plaudern und fand, daß es wirklich eine sehr kluge und gebildete Dame sei. Da verging die Zeit so schnell, daß sie merkte, wie eine weitere halbe Stund' verstrich, bis Luise, ein wenig blaß, aber sehr langsam und gefaßt, von draußen hereinkam.

„Verzeih, Tante," begrüßte Luise sie sofort. „Ich war nach dem Hohenzollernstein und habe länger dazu gebraucht als ich dachte". Die Tante nickte und drohte ihr ein wenig mit dem Finger. Dann sagte sie zu ihrer neuen Bekannten: „Das ist meine Nichte Luise, wir heißen Wilde." Die Erzieherin erwiderte, ihre Herrschaften Doktor Jumbuch und seine Gattin Thea, und sie selber heiße Röbel, Marie Röbel. Tante Henriette meinte, sie wollten sich zur ihr an den Tisch setzen für heute, damit sie nicht so allein wäre. Freudig rückte die Erzieherin beiseite, und Luise setzte sich apathisch und ohne jeden Widerspruch neben das zappelnde Kind.

Verstohlen musterte sie die Glasballe. Ein paar Gäste tranken Kaffee, aber nicht die, die sie suchte. Dennoch sah sie wie unter einer beständigen Furcht gedeugt und sprach sehr wenig und aß hastig; die Tante merkte es nicht, sie sprach angeregt mit der Erzieherin.

Da zuckte Luise zusammen. In einem köstlichen, schneeweißen, handgestickten Batistkleid, den Sonnenschirm aus weißer Seide und Spitzen; in der Rechten und auf dem rotblonden Haar ein Hutgebicht aus Silberstroh und Reihern, die Füße in seidenen weißen Strümpfen und weißen Schuhen, kam Frau Lore an der Seite Jörgs von Ramin lachend und plaudernd herein und alles sah ihr nach. Nun gingen sie an Luise vorüber. Sahen sie sie wirklich nicht — sah er sie wirklich nicht — oder tat er nur so? Sie nahmen beide an dem Eckstisch von gestern abend Platz, und Luise dachte: wär' die Tante doch sitzen geblieben! Was mußte sie mit dieser fremden Person hier schwatzen! — Und wo war Herr Grollmann? — Es schoß ihr siedend heiß durchs Herz: Der macht ja heute seine Wanderung nach der Koppe und zum Brunnberg und kam gar erst morgen mittag zurück! Oh! Dann war diese elegante Frau Lore allein —

„Luise — hörst du nicht?" Erschrocken und verwirrt sah sie ihre Tante an.

„Ich will mit Fräulein Röbel nachher ein Stündchen in der Bibel lesen, weil sie doch nicht hinüber kann in die Kirche mit ihrem verstauchten Fuß — du kannst allein in die Kirche gehen zum Gottesdienst."

„Ach nein — heute nicht — ich habe — solches Kopfweh!" entfuhr es Luise.

„Dann kannst du ja bei uns bleiben, aber wenn du Kopfweh hast, spazieren gehen. Wissen Sie was, Fräulein Röbel, vertrauen Sie meiner Nichte die kleine Leni an! Dann haben Sie auch mal ein wenig Ruhe — sie ist ja ein furchtbar lebhaftes Ding — und Luise hat gute Unterhaltung! Und sie ist so sorgsam! Nicht wahr, Lutschen, das ist ein guter Gedanke!"

Luise war sonst sehr kinderlieb, aber heute starrte sie fast mit Grauen auf das fremde Kind, das nicht einen Augenblick still saß und immerzu fragte. Aber sie wagte nicht zu widersprechen. „Ja," flüsterte sie.

„Leni, geh mit der neuen Tante spazieren; die Tante wird dir ein Märchen erzählen!" schmeichelte Fräulein Röbel, die froh war, ihren Zögling auf eine Weile los zu sein. Die kleine Leni lärmte sofort auf Luise ein, die halb sinnlos vor jäh einsetzenden Kopfschmerzen ohne ein weiteres Wort aufstand und mit dem Kinde an der Hand das Haus verließ. Nach Ramin wagte sie sich nicht umzusehen.

Draußen vor der Tür stand sie unschlüssig still.

„Tante, Blumen pflücken," sagte das Kind. Luise nickte und stieg mit ihr den Weg zur Schlingelbaude hinauf.

„Tante, hier sind Blumen: mach einen Strauß und erzähl' ein Märchen!"

„Jetzt nicht, warte einen Augenblick!"

Lenchen machte einen Flunsch.

„Nein, jetzt! Ich will ein Märchen haben, Tante!"

„Sei ruhig!" befahl Luise ungeduldig.

Da brach das Kind ins Geschrei aus. Im gleichen Moment tauchten zwei Köpfe hinter den Büschen auf — und dann tanzte ein weißer Sonnenschirm — und nun standen Jörg von Ramin und Frau Lore vor ihr und dem ungehörigen heulenden Kinde.

„Ach Gott, ach Gott!" scherzte Ramin. „Da hat's wohl einen Klaps gegeben — morgen, Fräuleinchen! Sie spielen wohl ein bißchen Erzieherin?"

Luise sah ihn groß an und rührte sich nicht.

Frau Lore hielt ihre Lorgnette an die Augen.

„Ach, kommen Sie, lieber Ramin —" sagte sie, Luise unverwandt und boshaft betrachtend — „die Kinder spielen so niedlich — wir wollen sie nicht stören!"

Zur Statue erstarrt, sah Luise ihnen nach. Kein Wort, keinen Blick, keinen Ton von ihm, der ihr wirklich galt — nur Spott über die lächerliche Situation mit dem Kinde... oder tat er nur so, um sie nicht zu verraten? — Aber was wollte diese rotblonde Frau von ihm? War sie nicht verheiratet? Wie sie ging und wie sie tat und ihm schmeichelte! Warum bogen sie da oben in den ganz schmalen Waldpfad ein, der weitab führte von den begangenen Wegen? Sie konnte ja kaum gehen in ihren weißen Schuhen, warum wählten sie gerade diesen beschwerlichen Weg? Wollte er — würde er — sie dort — vielleicht auch küssen? Das Kind zu ihren Füßen schluchzte noch immer. Sie sank auf den Sitz zurück und seufzte. Da sah die Kleine mit nassen Augen zu ihr auf.

„Tante!" Sie antwortete nicht.

„Tante, hast du Mehweh?"

„Ja."

„Wo denn, Tante?" Das Kind schien die unfreundliche Behandlung gutherzig schon wieder vergessen zu haben.

Luise zeigte, die Augen geschlossen, auf ihre Schläfen. Sie achtete nicht darauf, daß die Kleine vom Erdboden aufstand und nach vielen mühevollen Versuchen die Bank erkletterte. Plötzlich fühlte sie eine winzige Hand an ihrer Wange, und das kleine Mädchen blies mit spitzem Mäulchen ihr seinen Atem ins Gesicht.

(Forts. folgt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260319016/fragment/page=0002